



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Chile 2014

- Das Human Rights Council hat am 19. Juni 2014 die Ergebnisse des Universal Periodic Review (UPR) für Chile verabschiedet. Amnesty begrüßt, dass Chile die überwiegende Mehrzahl der Empfehlungen annimmt. Unter anderem wurde die Empfehlung von UK effektive Maßnahmen zur Umsetzung von OPCAT zu treffen, wurde angenommen. Chile hat CAT und OPCAT ratifiziert, letzteres allerdings erst 2008.

- Amnesty befürwortet die Vorschläge der Schweiz und Uruguays beim UPR, die Militärgerichtsbarkeit zu reformieren. Die umstrittenen Militärgerichte setzen sich hauptsächlich aus Laienrichtern und Angehörigen des Militärs zusammen. Mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei sollten aber vor zivilen Gerichten verhandelt werden.

- Im August 2011 wurde der Student Manuel Eliseo Gutiérrez bei einer Demonstration der Gewerkschaft von einem Polizisten mit mehreren Schüssen in den Oberkörper getötet. Ein weiterer Demonstrationsteilnehmer wurde durch Schüsse in die Schulter verletzt. Der Fall wurde vor einem der umstrittenen Militärgerichte verhandelt. Im Mai 2014 wurde der verantwortliche Polizeibeamte zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 61 Tagen verurteilt, die allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurde. Ein zweiter Angeklagter wurde freigesprochen. Zur Zeit wird gegen das Urteil Berufung eingelegt.

- Mehrere Staaten haben beim UPR empfohlen, mehr gegen die Straflosigkeit von Verbrechen während des Militärregimes unter Pinochet (1973-90) zu unternehmen.

- Die seit März amtierende Präsidentin Michelle Bachelet hat im September angekündigt, das Amnestiegesetz nun aufheben und die Verbrechen der Diktatur besser aufarbeiten zu wollen. Außerdem möchte sie einen Gesetzentwurf über die "Nicht-Anwendbarkeit der Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" neu in den Kongress einbringen. Es gibt allerdings teilweise Widerstand von konservativen Kräften im Parlament.

Die "Amnesty decree law" aus dem Jahr 1978 schützt Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zwischen 1973 und 1978 vor strafrechtlicher Verfolgung. Dieses Gesetz wurde zwar in den letzten Jahren von Gerichten vielfach nicht angewandt, dennoch sind viele Verbrechen der damaligen Zeit noch nicht aufgearbeitet. Zur Zeit der Pinochet-Diktatur wurden ca. 3200 Menschen ermordet und knapp unter 40 000 waren politische Gefangene und/oder wurden Opfer von Folter.

Quellen: ai News Service,
www.ohchr.org (UN human rights)
www.upr-info.org
www.tagesschau.de (22.09.2014)
www.uk.reuters.com (12.9.2014)